

Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Kantonalen Gesetz über den Natur- und Heimatschutz (KNHG)



Allgemein

Die SVP GR steht dem vorliegenden Entwurf zum Kantonalen Gesetz über den Natur- und Heimatschutz sehr kritisch gegenüber. Die Vorlage befindet sich sowohl aus wirtschaftlicher, wie auch aus ökologischer Sicht auf sehr dünnem Eis. Insbesondere stellen wir fest, dass die Bündner Regierung wieder einmal weitergehen will als aufgrund der Bundesgesetzgebung notwendig.

Für die Wirtschaft äusserst gefährliche und einschneidende Folgen des vorliegenden Gesetzesentwurfes werden von der Regierung entweder nicht erkannt oder aber bagatellisiert.

Wie schon bei vielen anderen Gesetzesrevisionen der letzten paar Jahre wird zudem eine Kompetenzverlagerung vom Parlament hin zur Exekutive angestrebt. Diese in letzter Zeit weit verbreitete Tendenz ist sehr gefährlich für die wirtschaftliche und politische Stabilität des Kantons und muss dringend korrigiert werden! Der ordentliche Weg über das Parlament mag zwar ein wenig träger sein. Er sichert aber unsere demokratischen Grundwerte und beugt einem überstürzten und auch schon mal ideologisch begründeten Aktivismus der Regierung vor.

Weiter wird der ökologischen, aber auch wirtschaftlichen Notwendigkeit der Bündner Jagd viel zu wenig Rechnung getragen. Die Regierung sollte sich insbesondere nochmals über die Bedeutung der Jagd für eine nachhaltige Pflege und Nutzung der Landschaft klar werden. Im Gegensatz dazu enthält das Gesetz aber eine Vielzahl von Formulierungen, die gegen eine moderne und notwendige Jagdausübung ausgelegt werden können.

Hauptkritikpunkte:

A. Wirtschaftliche und finanzielle Unzulänglichkeiten

Es ist zu befürchten, dass das vorgeschlagene Gesetz über den Natur- und Heimatschutz in unabsehbarer Weise in die Rechte des Bürgers eingreift und die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Graubünden verhindert. Keinesfalls handelt es sich bei dem vorliegenden Gesetzestext bloss um eine Umformulierung und Anpassung der bisherigen Verordnungen auf Gesetzesstufe. Speziell die Artikel, welche die Finanzierung und die möglichen Eingriffe in die Wirtschaft beschreiben, enthalten viele Unzulänglichkeiten. In Kombination mit der von uns ebenfalls abgelehnten Kompetenzverlagerung hin zur Regierung (siehe Abschnitt B), bergen diese Artikel ungeahnte Auswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons.

B. Kompetenzverlagerung / Schaffung unnötiger Kommissionen

In letzter Zeit macht sich eine immer stärker werdende Tendenz hin zu einer Kompetenzverlagerung vom Parlament hin zur Exekutive bemerkbar. Dies wird von der SVP GR grundsätzlich abgelehnt. Die klare Trennung zwischen Gesetzgeber und ausführender Gewalt war in der Vergangenheit massgeblich für unsere kantonale wirtschaftliche Stabilität verantwortlich. Ebenso muss dem unkontrollierten Wildwuchs an unnötigen und teuren Kommissionen ein Riegel geschoben werden. Der Kanton verfügt über genügend wirksame Instrumente, um seinen Pflichten und Aufgaben nachzukommen. Die meisten der in letzter Zeit neu geschaffenen Kommissionen stellen bloss ein unnötiges und oft gefährliches Bindeglied für Lobbyisten und externe Organisationen dar. Allzu oft verselbständigen sich solche Kommissionen und sie suchen in ihrem Geltungsdrang nach neuen zusätzlichen Tätigkeitsfeldern. Oft mischen sie sich unaufgefordert in verschiedene Debatten ein und versuchen, dem Parlament und der Regierung Vorschriften zu machen. Der ordentliche demokratische Prozess wird auf diese Weise ausgehebelt.

C. Ökologische Unzulänglichkeiten / Bündner Jagd

Ebenso wie die Land- und Forstwirtschaft ist die Jagd ein traditioneller Wirtschaftszweig im Kanton Graubünden. Die Produkte der Jagd sind lokale Ressourcen, die auf nachhaltige Weise erbracht werden. Dies gilt überdies unabhängig davon, ob das bejagte Wild Schadenspotential hat oder nicht. Es werden finanzielle Mittel und Arbeitsplätze generiert, womit die Jagd auch die wirtschaftliche Entwicklung einer Region begünstigt. Doch auch ihre ökologische Bedeutung hinsichtlich einer nachhaltigen Nutzung unserer Landschaft darf nicht vernachlässigt werden. Die Jagd trägt unter anderem massgeblich zur Erhaltung der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt bei. Nicht zu vernachlässigen ist ferner der Einsatz der Jäger im Bereich der Biotophege. Zuweilen setzen sich die Jäger mit Fronarbeit sogar bedeutend mehr als andere Naturschutz-Gruppen für die Pflege von unseren Lebensräumen ein.

D. Eigentumsbeschränkung

Die SVP GR nimmt besorgt zur Kenntnis, wie locker die Regierung mit Eigentumsbeschränkungen und der eigentlich selbstverständlichen Eigentumsgarantie umgeht. Selbstverständlich lassen sich da und dort schon einmal höhere öffentliche Interessen geltend machen, die auch gerechtfertigt sind. Allerdings sollten sich diese im Sinne einer stabilen und gesicherten Wirtschaft auf das absolute Minimum beschränken. Die teils dehnbaren Formulierungen in der aktuellen Vorlage lassen diesbezüglich aber einen viel zu grossen Spielraum zu. Dieser Mangel wird verschärft durch den Umstand, dass die von Eigentumsbeschränkungen Betroffenen keine Entschädigungen erwarten dürfen, sondern höchstens marginale Beiträge, auf die sie aber keinen Anspruch haben.

Anträge und Stellungnahmen zu einzelnen Artikeln:

Art. 1

¹ Dieses Gesetz bezweckt:

- a) die Erhaltung schutzwürdiger Landschaften, deren Aufwertung bei Beeinträchtigungen sowie die Errichtung, den Betrieb und die **Förderung von Parks**;
- b) den **Schutz** der einheimischen Tiere, Pflanzen und Pilze, ihrer biologischen Vielfalt sowie die Erhaltung und **Wiederherstellung ihrer Lebensräume (Biotope)**;
- c) ...

Zu a):

Die SVP GR stellt sich nicht grundsätzlich gegen die Förderung von Parks. Insbesondere nicht gegen die Förderung von bereits bestehenden Parks. Allerdings mahnt die SVP GR auch zur Vorsicht mit dem Umgang des Begriffes „Park“. Die Erfahrung zeigt, dass der Begriff des „Parkes“ oft zu wenig konkret ist und in der Folge bloss einen Geldfluss auslöst, mit dem dann schliesslich doch nichts unternommen wird. Das Geld versickert anschliessend im Projekt „Park“, da das Projekt und die damit verbundenen Ziele und Aufgaben nicht klar formuliert sind. Dies ist klar zu vermeiden.

Zu b):

Der Begriff „Schutz“ ist schlecht gewählt, denn es fehlt der Bezug zur ökologischen Bedeutung hinsichtlich der Erhaltung des einheimischen Tierbestandes durch die Pflege und nachhaltige Nutzung (leider wird auch im NHG das Wort „Schutz“ gebraucht). Dies muss hier durch einen zusätzlichen Absatz klargestellt werden. Es darf sich dabei nicht grundsätzlich um ein Verbot einer nachhaltigen Nutzung oder einer Pflegemassnahme handeln. Diese müssen auch in geschützten Gebieten möglich sein, sofern sie nachhaltig erfolgen und für bestimmte Schutzobjekte nicht durch internationale oder nationale Gesetze verboten sind (z.B. Kerngebiet eines Nationalparks). Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Artikel 15.

Weiter ist es fragwürdig, ob mit dem zweiten Teil von Buchstabe b) nicht ein zu starkes Präjudiz zu ausuferndem Aktivismus geschaffen wird. Dieser Absatz soll deshalb durch folgende Formulierung entschärft werden:

Antrag zu Art. 1 Abs. 1 b):

- b) den Schutz der einheimischen Tiere, Pflanzen und Pilze, ihrer biologischen Vielfalt sowie die Erhaltung und falls möglich und wirtschaftlich vertretbar Wiederherstellung ihrer Lebensräume (Biotope);

Antrag zu Art. 1:

neu:

- ³ Schutzziele müssen auf die Möglichkeit zur angemessenen Nutzung Rücksicht nehmen.

Art. 3¹ ...²

³ Lässt sich eine Beeinträchtigung durch technische Eingriffe unter Abwägung aller Interessen nicht vermeiden, sorgen der Kanton und die Gemeinden dafür, dass die Verursachenden besondere Massnahmen zum bestmöglichen Schutz, für die Wiederherstellung oder für angemessenen Ersatz treffen.

Es sind keinesfalls allein die Bauwilligen, welche besondere Massnahmen verursachen. Vielmehr liegt die Ursache für diese Massnahmen darin, dass die öffentliche Hand ein Interesse daran hat, die Objekte mit besonderen Massnahmen zu erhalten. Hier muss eine Abwägung zwischen öffentlichen und privaten Interessen getroffen werden. Mithin muss bei einem Überwiegen der öffentlichen Interessen auch eine Entlastung für die Bauwilligen berücksichtigt werden. Da dies zu Lasten des Kantonsbudgets ginge, würde dies somit indirekt auch als Regulationsinstrument gegen übermässige Kantonsforderungen fungieren.

Antrag zu Art. 3 Abs. 3:

³ Lässt sich eine Beeinträchtigung durch technische Eingriffe unter Abwägung aller Interessen nicht vermeiden, sorgen der Kanton und die Gemeinden dafür, dass die Grundeigentümer besondere Massnahmen zum bestmöglichen Schutz, für die Wiederherstellung oder für angemessenen Ersatz treffen.

Art. 4¹ ...²

³ Die Inventare enthalten eine Umschreibung der Objekte, der Schutzziele, der massgeblichen Kriterien für ihre Einstufung sowie Aussagen über die erforderlichen Massnahmen zur Erreichung der Schutzziele.

⁴ ...

Die Inventare sollen zwar die abstrakten Schutzziele enthalten, doch die Massnahmen zur Erreichung dieser Schutzziele gehören sicher nicht in die Inventare. Werden die Massnahmen in den Inventaren bereits definiert, wird der Prozess sehr unflexibel und kann gegebenenfalls nicht dem jeweiligen Stand der Technik angepasst werden. Vielmehr sollen die Massnahmen erst für ein konkretes Bauprojekt von den involvierten Fachleuten klar definiert werden. Keinesfalls soll das Bauprojekt durch abstrakte Vorgaben von unbeteiligten und fachfremden Beamten eingeschränkt werden.

Antrag zu Art. 4 Abs. 3:

³ Die Inventare enthalten eine Umschreibung der Objekte, der Schutzziele, sowie die massgeblichen Kriterien für ihre Einstufung.

Art. 7

¹ Die Regierung wählt für die Beratung in grundsätzlichen Fragen des Natur- und Heimatschutzes eine **Natur- und Heimatschutzkommission**.

² ...

³ ...

⁴ Die **Kommission kann** zu Händen der Regierung und der Gemeinden **von sich aus Vorschläge** für besondere Massnahmen auf dem Gebiet des Natur- und Heimatschutzes unterbreiten.

Die Einsetzung einer speziellen Natur- und Heimatschutzkommission ist überflüssig und teuer (auch wenn sie schon im alten Gesetz vorhanden war). Der Kanton hat genügend eigene Fachleute. Eine spezielle Kommission schafft hingegen nur ein weiteres Bindeglied für voreingenommene Lobbyarbeit verschiedenster Couleur. Die Versuchung wird gross sein, sich ohne Auftrag in verschiedene Debatten einzumischen und zu versuchen, der Regierung und dem Parlament Vorschriften zu machen. **Der Artikel 7 ist deshalb ersatzlos zu streichen.**

Antrag zu Art. 7:

ersatzlos streichen

Art. 11

Soweit planungsrechtliche Massnahmen nicht genügen, **kann der Kanton** schutzwürdige Einzelobjekte durch besondere Erlasse unter Schutz stellen.

Im erläuterten Bericht wird aufgeführt, dass hier die Kompetenz beim Grossen Rat liegen soll. Dies ist sicherlich richtig so und es gibt deshalb keinen Grund, wieso dies hier nicht entsprechend explizit formuliert sein sollte.

Antrag zu Art. 11:

Soweit planungsrechtliche Massnahmen nicht genügen, kann der Grosse Rat schutzwürdige Einzelobjekte durch besondere Erlasse unter Schutz stellen.

Art. 12

¹ Der Kanton kann **zusätzlich zu den Parks von nationaler Bedeutung** Bestrebungen von Regionen und Gemeinden zur Projektierung, Errichtung und zum Betrieb von **Parks von kantonaler Bedeutung** unterstützen.

² Die Regierung erlässt für Parks von kantonaler Bedeutung Vorschriften über die Voraussetzung zu deren Schaffung sowie über die Verleihung und Verwendung eines kantonalen Labels. Sie kann dabei vom Bundesrecht abweichende Anforderungen insbesondere betreffend die Abgrenzung des Parks festlegen.

³ Die Regierung schliesst für eine Dauer von höchstens vier Jahren mit den Parkträgerschaften Leistungsvereinbarungen ab.

Dieser Artikel ist ersatzlos zu streichen. Nebst den bestehenden Parks braucht es keine zusätzlichen kantonalen Parks. Die bestehenden bestehenden reichen völlig. Dies ist vor allem auch eine finanzielle Frage. Insbesondere ist es viel sinnvoller, wenn die Kräfte gebündelt und die vorhandenen Mittel für die bestehenden nationalen Parks und die UNESCO-Objekte eingesetzt werden. Siehe dazu auch die Bemerkungen zu Artikel 34.

Antrag zu Art. 12 Abs. 1:*ersatzlos streichen***Art. 13***Schutzobjekte des Biotopschutzes sind insbesondere:*

- a) Uferbereiche, Riedgebiete und Moore, Trockenstandorte, seltene Waldgemeinschaften, Hecken und Feldgehölze;
- b) weitere Standorte, die eine ausgleichende Funktion im Naturhaushalt erfüllen oder besonders günstige Voraussetzungen für Lebensgemeinschaften aufweisen.

Dieser Artikel ist zu streichen. Wenn die Erklärungen im erläuterten Bericht zur Vernehmlassung zutreffen, wonach diese Bestimmung nichts anderes als Bundesrecht enthält, ist sie zu streichen (VFRR-Grundsätze). Ansonsten wäre darzulegen, inwiefern sie eine vom Bundesrecht abweichende Bedeutung haben soll.

Antrag zu Art. 13:*ersatzlos streichen***Art. 15**

¹ Kanton und Gemeinden *sorgen für die Aufwertung beeinträchtigter sowie für die Neuschaffung von Biotopen für wildlebende Tiere, Pflanzen und Pilze.*

² *Sie treffen die erforderlichen Massnahmen zur Vernetzung von Biotopen.*

Zu ¹:

Dieser Absatz birgt ungeahnten Aktivismus seitens des Kantons und der Gemeinden. Es dürfen keinesfalls immer nur die ökologischen Interessen berücksichtigt werden. Vielmehr muss immer eine Abwägung zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen stattfinden. Insbesondere könnten (wenn beabsichtigt) überall beeinträchtigte, sprich bereits zerstörte Biotope ausgemacht werden. Nicht überall ist aber eine Aufwertung wirtschaftlich gerechtfertigt und auch sinnvoll.

Zu ²:

Um ungeahntem Aktivismus der Kantone und der Gemeinden vorzubeugen ist auch dieser Absatz durch eine Kann-Formulierung auszudrücken.

Weiter muss hier wie bereits in Artikel 1 die Begriffsdefinition präzisiert werden. Es muss klargestellt werden, dass in Schutzobjekten nachhaltige Nutzungsmassnahmen möglich sind. Erst die Pflege ermöglicht oft die Erhaltung der wertvollen Gebiete. Der Artikel ist deshalb durch eine entsprechende neue Ziffer zu ergänzen.

Antrag zu Art. 15 Abs. 1 und Abs. 2:

¹ Kanton und Gemeinden *sorgen für die Aufwertung beeinträchtigter sowie für die Neuschaffung von Biotopen für wildlebende Tiere, Pflanzen und Pilze. Sie berücksichtigen dabei neben den ökologischen insbesondere auch die ökonomischen Faktoren.*

² *Sie können Massnahmen zur Vernetzung von Biotopen treffen.*

Antrag zu Art. 15:

neu:

³ Nachhaltige Nutzungsmassnahmen zur Pflege und Erhaltung geschützter Gebiete sind erlaubt.**Art. 17**¹ Die Regierung kann *in Ergänzung zur Bundesgesetzgebung* weitere Pflanzen unter Schutz stellen.² ...³ ...⁴ ...**Art. 20**¹ Die Regierung kann *in Ergänzung zur Bundesgesetzgebung* weitere bedrohte oder sonst schutzwürdige Tierarten unter Schutz stellen.² ...³ ...

Es ist nicht nötig, dass die Regierung in Ergänzung zur Bundesgesetzgebung weitere Pflanzen und Tiere unter Schutz stellen kann. Dies schafft einerseits nur ein zusätzliches Durcheinander. Speziell in Anbetracht der Bedeutung des Tourismus im Kanton Graubünden, schaffen kantonale Sonderregelungen mehr Unsicherheiten, als dass sie effektiv etwas nützen. Andererseits hat es immer einen Grund, wenn einzelne Pflanzen und Tiere national unter Schutz stehen oder eben nicht. Insbesondere wenn der Schutz dieser Arten national kein Thema ist, soll hier auch kantonale kein neues Thema geschaffen werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Arten schweizweit nicht bedroht sind.

Antrag zu Art. 17 Abs. 1:

ersatzlos streichen

Antrag zu Art. 20 Abs. 1:

ersatzlos streichen

Art. 24¹ Die Eigentümerinnen und Eigentümer eines unter Schutz gestellten Baudenkmals sind verpflichtet, dieses vor Beschädigung oder Verlust sowie vor Zerstörung zu bewahren und die erforderlichen Massnahmen zu seiner Instandhaltung zu ergreifen.² Eigentümerinnen und Eigentümer von Bauten und Anlagen, die geschützt sind oder deren Schutzwürdigkeit zu prüfen ist, haben die Besichtigung und notwendige Untersuchungen des Objektes durch die zuständige Fachstelle oder von dieser beauftragten Fachleuten zu dulden.

Oftmals verlangt der Denkmalschutz von den Eigentümern, dass Instandsetzungsarbeiten auf eine bestimmte Art und Weise zu erfolgen haben. Beispielsweise darf eine Mauer nicht einfach als Betonmauer erstellt werden, sondern muss mit bestimmten Steinen o.ä. gebaut werden. Solche Anordnungen bedeuten erhebliche Kosten und stellen einen erheblichen Eingriff in die Baufreiheit dar. Es muss deshalb verhindert werden, dass die Grundeigentümer die Lasten alleine zu tragen haben. Um andererseits auch eine übermässige Unterschutzstellung von Gebäuden sowie unverhältnismässige Auflagen zu verhindern, soll sich der Kanton zwingend entsprechend zu beteiligen haben.

Antrag zu Art. 24:

neu:

³ Werden von den zuständigen Stellen vom Eigentümer besondere bauliche oder andere Massnahmen verlangt, die wesentlich teurer sind als konventionelle Massnahmen, hat sich der Kanton mit mindestens 50% der Mehrkosten an den von ihm geforderten Massnahmen zu beteiligen.

Art. 31

¹ ...

² Werden bei Bau- und Grabungsarbeiten archäologische Fundstellen entdeckt, kann die Fachstelle **einen befristeten Baustopp** anordnen.

³ Ein **allfälliger aus einem befristeten Baustopp entstehender Schaden**, wie zum Beispiel anfallende Bauzinsen, Mietzinsausfälle, Umsatzeinbussen, **ist von der Bauherrschaft zu tragen**.

Zu ²:

Um die Rechtssicherheit für Grundeigentümer zu gewährleisten, ist hier eine konkrete maximale Frist zu setzen. Auf diese Weise werden die wirtschaftlichen Folgen und eventuell Einbussen für die Grundeigentümer absehbar. Zudem muss berücksichtigt werden, dass ab einem gewissen Punkt die privaten Interessen gegenüber den öffentlichen Interessen überwiegen.

Zu ³:

Dies wirkt sehr befremdlich. Es ist sicher nicht Sache der Betroffenen, den Schaden einfach so hinzunehmen. Der Kanton soll sich daran beteiligen. Dies erhöht auch den Druck, damit zügig gearbeitet und der Baustopp somit nicht unnötig in die Länge gezogen wird.

Antrag zu Art. 31 Abs. 2 und Abs. 3:

² Werden bei Bau- und Grabungsarbeiten archäologische Fundstellen entdeckt, kann die Fachstelle **einen befristeten Baustopp von maximal 2 Jahren** anordnen.

³ Ein **allfälliger aus einem befristeten Baustopp entstehender Schaden**, wie zum Beispiel anfallende Bauzinsen, Mietzinsausfälle, Umsatzeinbussen, **ist zur Hälfte vom Kanton und zur anderen Hälfte von der Bauherrschaft zu tragen**.

Art. 33

¹ Der Kanton kann Beiträge ausrichten an:

a) ...

b) ...

c) den Erwerb von Grundstücken und dinglichen Rechten zur Sicherstellung von schutzwürdigen Lebensräumen;

d) ...

Buchstabe c) ist zu streichen. Es kann nicht sein, dass irgendwelche Umweltorganisationen, welche bereits Spendengelder erhalten noch zusätzlich mit öffentlichen Geldern unterstützt werden, damit sie z.B. Land erwerben können. Damit würde der Kanton zum Spender für solche Organisationen. Dies ist auch insofern problematisch, als kaum eine Gleichbehandlung aller Organisationen möglich sein würde.

Antrag zu Art. 33 Abs. 1 c):

ersatzlos streichen

Art. 35

¹ Der Kanton *kann* Beiträge ausrichten an:

- a) die anrechenbaren Kosten der Erhaltung, Instandstellung und Pflege von schutzwürdigen Ortsbildern, Gebäudegruppen, Einzelbauten und Anlagen, deren Ausstattung sowie von archäologischen Fundstellen;
- b) ...

² Die *Höhe der Beiträge liegt zwischen 15 und 35 Prozent* der anrechenbaren Kosten.

Aus der Formulierung von Absatz 1 a) in Kombination mit Absatz 2 folgt also, dass der Bauherr mindestens 65% der Kosten zu tragen hat. Dies ist aus wirtschaftlicher Sicht nicht tragbar. Die Beteiligungen des Kantons sind deshalb zu erhöhen.

Zudem soll sich der Kanton nicht hinter finanziellen Engpässen verstecken können. Der Bauherr muss einen gewissen finanziellen Schutz zugesichert bekommen. Die „Kann-Formulierung“ ist deshalb in eine „Pflicht-Formulierung“ umzuwandeln.

Antrag zu Art. 35:

Der Artikel ist an unsere Begehren gemäss Art. 24 und 31 anzupassen.

Art. 36

¹ Der Kanton *kann* Beiträge ausrichten an:

- a) Forschungsvorhaben auf dem Gebiet des Natur- und Heimatschutzes;
- b) die *Aus- und Weiterbildung* von Fachleuten;
- c) die *Öffentlichkeitsarbeit und für wichtige Publikationen*.

² ...

³ ...

Zu ¹ b):

Die Ausbildung von Fachleuten ist im Schulbereich anzusiedeln und soll nicht durch das KNHG querfinanziert werden. Ansonsten wird das System sehr undurchsichtig und der Finanzschlendrian ist vorprogrammiert.

Zu ¹ c):

Es kann nicht sein, dass irgendwelche Verbände ihre Publikationskosten auf den Kanton abwälzen. Dieser Punkt ist deshalb ersatzlos zu streichen.

Antrag zu Art. 36 Abs. 1 b) und c):

b) die Weiterbildung von Fachleuten;

Ziffer c) ersatzlos streichen
